



Salzgitter-Chef Pieper, Sachs-Verkäufer Sachs
„Handfeste unternehmerische Qualitäten“

te und den Generaldirektorposten beim bundeseigenen Salzgitter-Konzern übernahm.

Wer in Salzgitter anrief, um Pieper ganz herzlich zu gratulieren, der erfuhr, daß der neue Chef gerade Urlaub macht. Der Herr über den drittgrößten Stahl- und Schiffbaukonzern der Bundesrepublik segelte unbeschwert vor Englands Kanalinsel Isle of Wight.

Mit dem unauffälligen Pieper, den sich der forsche Amtsvorgänger Hans Birnbaum vor zwei Jahren zur Vorbereitung auf das Spitzenamt in den Vorstand geholt hatte, wird nun auch der bundeseigene Stahltrust von einem neuen Managertyp geführt.

Anders als seine zumeist älteren Konzernkollegen wie Siemens-General Bernhard Plettner oder Bosch-Boß Hans Merkle, die intern mit einsamen Beschlüssen herrschen und sich nach außen hin werbewirksam in Szene setzen, tritt mit Pieper ein lautlos lenkender Firmenchef an.

Still und leise machte er sein erstes großes Geschäft für Salzgitter. Am Allerheiligen vorigen Jahres handelte der Mann von Salzgitter dem Firmenerben Gunter Sachs für rund 145 Millionen Mark ein 24,9-Prozent-Paket an dem Schweinfurter Fichtel & Sachs-Konzern ab. Die öffentliche Show überließ er später dem Steuer-Schweizer Sachs, dem er im übrigen „handfeste unternehmerische Qualitäten“ nachsagt.

Seine Rolle als Mann im Hintergrund hat Pieper — studierter Betriebswirt und eingeschriebener Sozialdemokrat — 15 Jahre lang als Beamter in Bonn eingeübt. Dabei hatte er sich den Weg nach oben kürzer gedacht: Als Pieper 1962 vom Revier in den Staats-

dienst wechselte, hatte ihn sein früherer Klöckner-Chef Gerhard Schroeder in dem Bewußtsein entlassen, „ein Jahr in Bonn“ wiege „zehn Jahre Industrie“ auf.

Schon in seinen ersten Beamtenjahren mußte sich Pieper wieder mit seinem alten Chef und dem Klöckner-Konzern befassen. Für die sogenannte Konzentrations-Enquête durchforstete er Firmen und Vermögen der Großindustriellen. Dabei prüfte Pieper neben den Industrie-Dynastien Flick, Quandt und Oetker auch die Bücher seiner heutigen Salzgitter-Konkurrenten Mannesmann und Rheinstahl.

Mit seinem Fachwissen über die deutsche Privatwirtschaft wurde der Ministeriale zu einem geschätzten Ratgeber in der Bonner Kabinettsrunde. Bereits Anfang der siebziger Jahre war der damalige Wirtschaftsminister

Karl Schiller auf den quirligen Ministerialrat aufmerksam geworden, als ihn dieser rechtzeitig auf die bedrohliche Schieflage des VW-Konzerns (Staatsanteil: 40 Prozent) gestoßen hatte. Schiller betrieb daraufhin die Ablösung des VW-Chefs Kurt Lotz.

Als dem Lotz-Ersatz Rudolf Leiding schwere Führungspressen unterliefen, schlug der Beamte wieder Alarm. Nachfolger von Leiding wurde auf Piepers Rat hin der erfolgreiche Rheinstahl-Sanierer Toni Schmücker.

Der damalige Finanzminister Helmut Schmidt übertrug dem industrieerfahrenen Staatsdiener die Kontrolle über alle Bundesfirmen. Als Chef der Abteilung „Industrielles Bundesvermögen“ im Finanzministerium heuerte



Bisheriger Salzgitter-Chef Birnbaum
Den Nachfolger aus Bonn geholt

Pieper nun Manager an und besetzte Aufsichtsräte.

Privatindustrielle wie Hans Merkle von Bosch und Karl Gustaf Ratjen von der Frankfurter Metallgesellschaft kamen durch Piepers Vermittlung in den Wolfsburger VW-Aufsichtsrat, den Ex-Kruppianer und Multi-Kontrollleur Günter Vogelsang brachte der Ministerialdirektor an die Spitze des Veba-Rates.

Seit zwei Jahren nun agiert Pieper in Salzgitter selbst als Manager — und er tut dies so unternehmensfreudig, als sei er nie Staatsbürokrat gewesen. Um die Bundesfirma Salzgitter „von den krisenanfälligen Bereichen Stahl und Schiffbau unabhängiger zu machen“, kaufte der Vize des Konzernchefs Birnbaum in nicht einmal zwei Jahren eine Serie von wachstumsträchtigen Firmen auf.

In Bochum erstand Pieper den weltgrößten Anlagenbauer für Kokereien, die Firma Dr. C. Otto; mit diesem Neuerwerb spekuliert der Konzernschmied auf den neuen Kohle-Boom. In Kiel kaufte er die Elektronikfirma Hagenuk, in Hildesheim die Aluminium-Gießerei Kloth-Senking, einen Materiallieferanten für leichte Motorblöcke. Den Celler Autozulieferer für Dämmstoffe, Dr. A. Stankiewicz, schnappte Pieper dem Düsseldorfer Mitinteressenten und Persil-Industriellen Konrad Henkel weg.

Bei seinem Pakethandel um die Firma Sachs war es Pieper, der immer wieder aufs Tempo drückte. Denn in der Branche war durchgesiebert, daß auch Bosch-Chef Merkle Interesse hatte. Nach nur zwei Wochen waren sich Sachs und Salzgitter einig.

Wiewohl zu seinen Bonner Zeiten als engagierter Konzentrationsgegner bekannt, wird Pieper wohl auch fürderhin mit Salzgitter auf Expansionskurs bleiben. Denn „der allergrößte Industrielle“ ist für den Sozialdemokraten Pieper der „alte Flick“ — einer der agilsten Firmenaufkäufer in der neueren deutschen Wirtschaftsgeschichte.

TERRORISMUS

Fibel gegen Zombies

Vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf beginnt der Prozeß gegen den mutmaßlichen Terroristen Norbert Kröcher und seinen Gehilfen Manfred Adomeit.

Für Generalbundesanwalt Kurt Rebmann ist die Lose-Blatt-Sammlung „ein Zeugnis berechnender Mordplanung“: Die Bereitschaft „zum Töten, Liquidieren oder Umlegen“ werde darin vorausgesetzt oder ausdrücklich verlangt, schwerste Straftaten würden als „selbstverständlich“ hingestellt.

Rebmann charakterisiert mit diesen Worten jene „Terroristen-Fibel“, die als kriminelles Standardwerk der Anarchisten- und Terroristenszene publik wurde, nachdem 1977 in Stockholm ein Exemplar samt den Materialien dazu sichergestellt worden war. Die Wohnung am Stockholmer Vimmerbyplan 14, wo die schwedische Reichspolizei tagelang Spuren sicherte, hatte dem Deutschen Norbert Erich Kröcher als



Kröcher

Hauptquartier für Terror-Aktivitäten gedient.

Die Räume der Kröcher-Gefährtin Anna-Karin Lindgren waren die Zentrale eines Zirkels von mindestens zwanzig deutschen und schwedischen Gesinnungsgenossen, die dort als Kern einer terroristischen Vereinigung mit dem Namen und den Zielen der „Bewegung 2. Juni“ Raub, Mord und Geiselnahme geplant haben sollen.

Norbert Kröcher, der am 31. März 1977 in Stockholm festgenommen und bereits am 3. April in die Bundesrepublik abgeschoben worden ist, muß sich von diesem Montag an vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichtes in Düsseldorf verantworten. Mit ihm angeklagt ist der ebenfalls in Stockholm festgenommene Manfred Adomeit.

Den beiden 29jährigen werden zahlreiche Delikte nach einem Dutzend Paragraphen vorgeworfen, Kröcher vor allem die Bildung einer kriminellen und später einer terroristischen Vereinigung, Adomeit die Beteiligung daran. Sodann wird beiden, neben schwerem Raub und Bandendiebstahl, die Verabredung von Verbrechen zur Last gelegt: Nötigung eines Verfassungsorgans, Menschenraub und Geiselnahme, Mord und Sprengstoffanschläge.

Im gut abgesicherten Gerichtsgebäude an der Tannenstraße soll in den nächsten Monaten auch gegen Angelika Speitel, gegen den in Paris gefaßten Stefan Wisniewski, gegen Christoph



Düsseldorfer Gerichtsgebäude, Angeklagte: „Bruder, wir müssen überleben“



Adomeit

Wackernagel und Gert Schneider, beide von Holland ausgeliefert, und gegen den in Frankfurt angeschossenen Rolf Heißler verhandelt werden. Düsseldorf steht Stammheim, was die Zahl der Terroristenprozesse betrifft, neuerdings kaum noch nach.

Kröcher, wie Mitläufer Adomeit nun schon 28 Monate in Untersuchungshaft, gilt der Polizei als Top-Logistiker und Cheftheoretiker. Er hatte sich, nach Entfernung vom Elternhaus, Streit mit Ausbildern und Aufenthalt in West-Berliner Wohngemeinschaften, linksgerichteten und anarchistischen Gruppen zugewandt und wurde als Mitglied einer Untergruppe der „Bewegung 2. Juni“ angesehen.

In einer Berliner Kommune lernte er die Soziologiestudentin Gabriele Tiedemann kennen, 1971 heirateten sie. Im selben Jahr soll Kröcher mit anderen an einem schweren Raub in Bochum und ein Jahr darauf an einem Bank-

überfall in Recklinghausen beteiligt gewesen sein.

Im Dezember 1972 wich die Gruppe Kröcher nach Schweden aus, im Januar 1973 kehrte Ehefrau Gabriele in die Bundesrepublik zurück. Am 7. Juli des gleichen Jahres wurde sie wegen Mordversuchs an Polizisten festgenommen und zu acht Jahren Haft verurteilt.

Nach der Entführung des Berliner CDU-Chefs Peter Lorenz ließ sie sich im März 1975 freipressen und in den Südjemen ausfliegen. Sie wird verdächtigt, im Dezember 1975 am Überfall auf die Opec-Konferenz in Wien beteiligt gewesen zu sein (drei Tote). Zwei Jahre später schoß sie zwei Schweizer Zollbeamte an; sie wurde zu fünfzehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Manfred Adomeits Weg zum Terrorismus verlief ähnlich wie Kröchers: In Berlin nahm er Kontakt zu anarchistischen Gruppen und zum „2. Juni“ auf, in Stockholm tat er sich ebenfalls mit einer Schwedin, Vivcka Monti, zusammen. Sie ist, wie Anna-Karin Lindgren, als Zeugin für das Düsseldorfer Verfahren benannt.

Kröcher wird beschuldigt, 1973 eine Stockholmer Bank überfallen zu haben, 1976 sollen beide zusammen eine weitere schwedische Bank beraubt haben. Vor allem aber plante Kröcher nach dem Überfall auf die Deutsche Botschaft in Stockholm — am 24. April 1975 — die Befreiung der inhaftierten und später in Düsseldorf verurteilten Täter Karl-Heinz Dellwo, Bernhard Lutz Taufer und Hanna Elise Krabbe.

Um die vier Attentäter und noch andere Terroristen von der Bundesregierung freizupressen, sollte 1977 die ehemalige für Einwanderungsfragen — und auch für die Ausweisung der Botschafts-Stürmer — zuständige schwedi-

sche Ministerin Anna-Greta Leijon in ein „Volksgefängnis“ entführt werden. Hohe Lösegeld-Forderungen und Frei-
flug nach Afrika für die Geiselnnehmer
und die ausgetauschten Häftlinge wa-
ren einkalkuliert — schwedische Va-
riante zur Lorenz-Entführung.

Die Ausrüstung für Geiselnahme,
Unterbringung und Versorgung, für
Verhandlungen und Verteidigung war
in Stockholm bereits komplett: Keller-
räume waren angemietet, Funkgeräte
und Waffen lagen bereit, auch Bärte
und Perücken, „Krähenfüße“, um Ver-
folger aufzuhalten, ebenso Sprengstoff
und Zündvorrichtungen.

Kröcher, Adomeit und andere hatten
verabredet, wie die Ankläger glauben,
bei Widerstand die Ministerin und ihre
Sicherheitsbeamten zu töten, falls die
Forderungen nicht erfüllt würden.
Durch die Verhaftung von Kröcher
und Adomeit kam es nicht zur Tat, die
lange vor der Schleyer-Entführung ge-
plant worden war.

Die von den Terror-Taktikern so ge-
nannte Aktion Leo war den Ermitt-
lungen zufolge eine „Idee Kröchers“:
Der sei von dem Plan der Gefangenen-
befreiung durch Geiselnahme „gerade-
zu besessen“ gewesen, er habe die „do-
minierende Rolle“ gespielt. Adomeit sei
durch das enge freundschaftliche Ver-
hältnis zu Kröcher „in einem solchen
Maße in die Planung verstrickt“ gewe-
sen, „daß er sich als Mittäter geradezu
anbot“.

Als gewichtiges Beweisstück gegen
Kröcher wird auf dem Richtertisch
auch die fast 200 Seiten starke „Terror-
isten-Fibel“ liegen, dicker als die An-
klageschrift von 130 Seiten, zu der über
siebzig Aktenordner mit Beweismate-
rial gehören. Die gesamten Terror-
Texte der Fibel sind nach Polizeiermitt-
lungen auf handschriftliche Ausarbeitun-
gen, Dispositionen und Skizzen von
Kröcher zurückzuführen.

Die Bundesanwaltschaft will in Düs-
seldorf beweisen, daß Kröcher den ge-
samten Inhalt der „Terroristen-Fibel“
entworfen bzw. aus anderen Schriften
übernommen habe. Adressiert ist das
Werk an die Mitglieder der „weltweiten
antizombionistischen Bewegung“, wo-
mit alle Gegner staatlicher Ordnung
gemeint sind, während die Repräsen-
tanten von Gesetz und Gesellschaft
„Zombies“ genannt werden — wie die
ferngelenkten „Nichttoten“ in der Ka-
ribischen Mythologie.

Das Kompendium ist breit gefächert
und präzise. Es umfaßt beispielsweise

- ▷ detaillierte Anleitungen für Ausrü-
stung und Bewaffnung im Straßen-
kampf;
- ▷ ein komplettes Schulungsprogramm
für die Stadt-Guerilla und Rat-
schläge für Reiseverhalten;

* In der Frachtkiste (o.) sollte die ehemalige Mi-
nisterin entführt werden. Auf dem in Kröchers
Hauptquartier beschlagnahmten Zettel (u. Ausriff)
hatten die Terroristen Personalien der schwedischen
Politikerin notiert.

- ▷ Gebrauchsanweisungen für Abhör-
methoden und Postkontrolle, Nach-
richtenverschlüsselung, „Wanzen“
und Funkgerät;
- ▷ Beschreibungen für den Raub und
das Knacken von Autos, für „Stra-
ßenfallen“ und „Sprengfallen“;
- ▷ Verhaltensregeln für bewaffnete
Auseinandersetzungen mit der Poli-
zei bei „Straßenkampf“ und „Haus-
besetzungen“.

Den Aussagewert des Handbuches
für Verbrechen und bewaffneten
Kampf schätzt die Bundesanwaltschaft
zu Lasten von Kröcher und Adomeit
hoch ein: Beide Angeschuldigten teil-
ten nach Ansicht der Ankläger die
Grundauffassungen der „Terroristen-
Fibel“.

Gleichwohl tut sich die Anklage
schwer mit dem Delikt der Bildung und
der Beteiligung an einer terroristischen
Vereinigung, wie es erst am 20. Sep-
tember 1976 als Paragraph 129 a in das
Strafgesetzbuch aufgenommen worden
war. Zuvor konnte nur, nach StGB-Pa-
ragraph 129, wegen Bildung einer „kri-
minellen Vereinigung“ — und der
Mitgliedschaft darin — verfolgt wer-
den. Nach Paragraph 129 sind bei Rä-
delsführern bis zu fünf, nach 129a ma-
ximal zehn Jahre Freiheitsstrafe mög-
lich.

Nach Ansicht der Karlsruher An-
klagebehörde reichten zwar die Verab-
redungen zu Entführungs-, Mord- und
Sprengstoff-Verbrechen und damit die
Beteiligung an einer terroristischen
Vereinigung möglicherweise bis in die
Zeit vor dem 20. September 1976 zu-
rück, doch liege bei diesem Organisa-
tionsdelikt bei beiden Angeklagten eine
Dauerstraftat vor, auf deren letzten
Teil der 129a anwendbar sei.

Nach StGB-Paragraph 2 sei damit
aber der ganze Tatvorwurf nach 129a
zu beurteilen: „Wird die Strafdrohung
während der Begehung der Tat geän-
dert, so ist das Gesetz anzuwenden, das
bei Beendigung der Tat gilt.“

Noch in anderer Hinsicht argumen-
tieren die Ankläger auf unsicherem
Grund: bei Beantwortung der Frage,
ob das Erfordernis erfüllt sei,



Terror-Zielfigur Anna-Greta Leijon, Terroristen-Hilfsmittel*: Für Aktion Leo ...



Anna-Greta Leijon geb. 30. 9. 1939 Stockholm
phil. cand. 1964
1964 angest. bei AHS (Arbetsmarknadsstyrelsen)
1970 Byrådirektör
1973 lt (unabhängige Stadtrat)
1974 Reichstagsmitglied (ohne Spezialgebiet)
verantwortlich für die Anwendung der Terroristen-
gesetze.

(11) -> Val - ...
Anmerkung: Verantwortliche
der Polizei für die ge-
staltung des Terroristen-Plan

... Krähenfüße, Perücken und falsche Bärte: Terroristen-Plan*

daß die Vereinigung — die Stockholmer „Bewegung 2. Juni“ — wenigstens eine Teilorganisation, wenn auch nicht ihren Schwerpunkt, im Geltungsbereich des Grundgesetzes habe.

Die Karlsruher Ankläger meinen, daß dies so sei. Im aktuellen Fall Kröcher/Adomeit habe sich sogar der größte Teil der Vereinigung auf deutschem Boden befunden, nicht nur bis 1973, sondern auch noch später, nach Gründung des schwedischen Ablegers.

Beschlagnahmte Briefe der beiden Untersuchungshäftlinge Kröcher und Adomeit, die sich bis jetzt zur Sache entweder gar nicht eingelassen oder aber sie bestritten haben, sollen zusätzlich beweisen, daß sie sich nicht von ihren terroristischen Absichten gelöst hätten.

Adomeit an Kröcher: „Sie werden bezahlen, die Herren, auf den Pfennig, für jeden Tropfen Blut.“ Kröcher an Adomeit: „Manne, Bruder, wir müssen das überleben, und wenn's für unseren Haß ist. Hab' ich mal was gegen Terror gesagt? Vergiß es.“

LEHRER

Statt Tränen

In Baden-Württemberg haben 1800 Junglehrer zu den Ferien blaue Briefe bekommen. Sie sollen vorsorglich Arbeitslosenunterstützung beantragen.

In zorniger Ohnmacht“ ließ das Lehrerkollegium der Realschule Bisingen bei Stuttgart eine „Traueranzeige“ („Statt Tränen“) ins Lokalblatt einrücken: „Mit tiefem Schmerz“ gaben sie „das berufliche Hinscheiden“ eines jungen Kollegen bekannt.

„Bitte, lieber Herr Herzog“, bettelten Drittklässler der Grund- und Hauptschule Hirschlanden in einem Brief an den baden-württembergischen Kultusminister Roman Herzog, „wir wollen unsere Lehrerin behalten.“

Und der Elternbeirat einer Stuttgarter Schule klagte, „die persönlichen Beziehungen“, die Schüler zu ihren Lehrern aufgebaut hätten, seien „abrupt abgebrochen“.

„Eine solche Betroffenheit“, wie sie landesweit artikuliert wurde, hat der Böblinger Kreisvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Klaus Philippscheck, „noch niemals erlebt“. Eltern zogen zwecks Unterschriften-Sammlung von Haus zu Haus, Schülervertretungen verfaßten Protestresolutionen, Lehrer riefen zu Solidaritätsdemonstrationen auf — obschon, wie die „Stuttgarter Zeitung“ meinte, die Landesregierung „zu einem Zeitpunkt zugeschlagen“ hatte, „an dem Gegenmaßnahmen praktisch ausgeschlossen“ schienen.

Drei Tage vor Ferienbeginn erhielten vorletzte Woche 1800 Junglehrer an

Grund- und Hauptschulen in Baden-Württemberg blaue Briefe. „Mit freundlichen Grüßen“ teilte ihnen Ministerialdirektor Ansgar Seifert vom Kultusministerium in einem hektographierten und schwäbisch-sparsam als „Briefdrucksache“ frankierten Schreiben mit, daß „Ihr Arbeitsverhältnis mit dem Lande Baden-Württemberg... mit Wirkung vom 31. Juli 1979“ endet.

Die Jung-Pädagogen, die anderthalb bis zwei Jahre mit befristeten Anstellungsverträgen und halber Wochenstundenverpflichtung unterrichtet und eben ihre zweite Dienstprüfung absolviert haben, können laut ministerieller Mitteilung nicht länger beschäftigt werden, weil „leider nicht genügend Haushaltsstellen zur Verfügung“ stehen. Deshalb müsse „eine Auswahl unter den Bewerbern nach Eignung, Befähig-

Obendrein fallen Arbeitsgemeinschaften oder Förderkurse dem Rotstift zum Opfer, was in den Statistiken nicht zum Ausdruck kommt. Die lassen auch nicht erkennen, daß sich der pädagogisch erwünschte Trend zu kleineren Klassen verlangsamt hat, weil die Bildungsplaner darauf setzen, daß sich der Effekt durch die geburtenschwächeren Jahrgänge eh von selbst einstellt. Und da wird Unterricht in musischen Fächern zusammengestrichen, weil die Fachlehrer in Hauptfächern wie Mathematik oder Englisch aushelfen müssen — mit der Konsequenz, daß etwa Musik und Zeichnen nun als Mangelfächer deklariert werden.

Gerade mit dem Argument, daß die Berufsaussichten in bestimmten Fächerkombinationen noch günstig seien, waren aber eben jene 1800 Jung-



Schülerprotest gegen Lehrerentlassung*: „Wir wollen die Lehrerin behalten“

gung und fachlicher Leistung getroffen werden“.

Wegen rückläufiger Geburtenraten bei gleichzeitigem Lehrer-Zuwachs überbrücken mittlerweile alle Bundesländer den Stellen-Engpaß mit befristeten Arbeitsverträgen; lediglich in Nordrhein-Westfalen aber wird die Einstellung aller Lehramtsanwärter noch bis 1980 garantiert.

Der Bedarf an Schulmeistern wird freilich allenthalben weniger unter pädagogischen Aspekten ermittelt, sondern von den finanziellen Möglichkeiten der Länderhaushalte diktiert — das Sagen hat im Zweifel nicht der Kultus-, sondern der Finanzminister. Obwohl etwa Baden-Württemberg das reichste Flächenland ist, rangiert es bei den Klassenfrequenzen nur im Mittelfeld.

* In Stuttgart.

lehrer, die jetzt blaue Briefe erhielten, vor fünf Jahren für das Studium an Pädagogischen Hochschulen (PH) gewonnen worden.

Auch wurde die Ausbildungskapazität an den baden-württembergischen PHs noch bis 1974 (6057 Studienanfänger) aufgestockt und erst seither allmählich begrenzt (jetzt: 3000 Anfänger-Plätze pro Jahr). Das Land, das ja ein Ausbildungsmonopol für Lehrer hat, versucht mithin erst seit vier Jahren, den Bedarf durch ein Höchstzulassungsverfahren zu steuern.

Unter denen, die jetzt auf der Straße sitzen, gibt es junge Leute, die einen sicheren Job als Verwaltungs- und Finanzinspektoren aufgaben und sich fürs PH-Studium keilen ließen. „In dieser Größenordnung und Kaltblütigkeit“, fand denn auch Christoph Heise vom Frankfurter GEW-Hauptvor-